

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 90 (1983)

Heft: 1

Rubrik: Wirtschaftspolitik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 31.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zwangsläufig erhöhen – was jedoch beim heutigen Pensionskassensystem (Beitragsprimat) schlichtweg unmöglich ist.

Benachteiligte Gruppen

Benachteiligungen in der AHV finden sich sowohl zwischen einzelnen Gruppen (durch den Mischindex zwischen heutigen und zukünftigen Rentnern) als auch innerhalb von Gruppen. So liegt zum Beispiel die Ungerechtigkeit innerhalb der Gruppe der Frauen darin, dass viele Frauen infolge Pflege- oder Erziehungsaufgaben nur geringe Beitragsleistungen aufweisen können, woraus entsprechend kleinere eigene Rentenansprüche resultieren. Diese Benachteiligung innerhalb der Gruppe der Frauen soll anlässlich der 10. AHV-Revision beseitigt werden, wobei angesichts der gespannten Finanzlage der AHV kaum mit grosszügigen Neuerungen gerechnet werden darf. Überdies ist die Frauenfrage im Prinzip kein spezifisches AHV-Problem, sondern das Spiegelbild einerseits unserer familienrechtlichen Regelungen und andererseits der ungerechten Rentenformel; das heisst die Verzerrungen ergeben sich im wesentlichen zwischen verheirateten und unverheirateten Frauen und als Folge der Benachteiligung im Erwerbsleben. Diese Probleme zu lösen, ist deshalb primär eine Frage der Familien- und Arbeitsmarktpolitik.

Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär

Wirtschaftspolitik

Der Währungsfonds im Kreuzfeuer

Wenn es allein nach dem Willen des Bundesrates ginge, wäre die Schweiz bereits Mitglied jener Untergruppe der UNO, die sich aus dem Internationalen Währungsfonds einerseits, der Weltbank mit ihren Tochtergesellschaften IDA und IFC andererseits zusammensetzt. Denn unsere Beziehungen zu diesen Körperschaften sind äusserst eng. So ist die Schweiz einer der grössten Gläubiger der Weltbank. Unsere Industrie profitiert in nicht geringem Masse von den Ausschreibungen, welche im Zusammenhang mit der Finanzierung von Projekten in der Dritten Welt gemacht werden. Der Währungsfonds bildet seinerseits so etwas wie einen Regenschirm, der über gefährdete Schuldnerländer gespannt ist, um zu verhindern, dass ihre internationale Zahlungsunfähigkeit rasch weite Kreise zieht und auch schweizerische Banken trifft.

Stimmt demgegenüber die Beurteilung, die in einer Buchpublikation enthalten ist, welche in unserem Lande erschien, so ist der Währungsfonds fast so etwas wie ein Werk des Teufels. Er drückt einzelne Entwicklungsländer noch tiefer ins Elend, trägt dazu bei, dass die herrschende Machtelite am Ruder bleibt und ihre Ausbeutungspolitik weiterführen kann. Die von ihm erlassenen Vorschriften sind dazu angetan, den Armen ihr tägliches Brot zu verteuern und die Einkommensunterschiede zu verschärfen. Wo liegt in dieser Kontroverse die Wahrheit?

Die Rolle des Sündenbocks

Zunächst muss wohl hervorgehoben werden, dass der Fonds es sich bis zu einem gewissen Grade selbst zuzuschreiben hat, wenn er der Kritik aus dem armen Süden ausgesetzt ist. Denn bis vor kurzem betrieb er sozusagen keinerlei «Public Relations»: Er tat zwar Gutes, sagte aber nichts darüber. Im Gegenteil: Er erlaubte es den Ländern, die seine Darlehen empfangen, ihn wegen der harten Bedingungen anzuprangern, die er daran knüpfte. Ihm tat das nämlich nicht weh. Den Politikern, die seinen Auflagen zu gehorchen hatten, erlaubte dies, Dampf abzulassen und einen Aussenstehenden dafür verantwortlich zu machen, dass unpopuläre Massnahmen getroffen werden mussten. So kam es jedenfalls, dass Aufgabe und Funktionen des Fonds in der öffentlichen Meinung der Dritten Welt wenig bekannt sind und kaum geschätzt werden.

Hinzu kommt natürlich, dass Währungsangelegenheiten dem Mann auf der Strasse nicht leicht verständlich zu machen sind. Darüber hinaus ist es dem Fonds sogar untersagt, zu erklären, weshalb bestimmte Eingriffe in die Autonomie seiner Mitgliedländer vorgenommen werden; er ist an die Geheimhaltungspflicht gebunden. Dies führt dazu, dass die Partner sich in aller Öffentlichkeit über ihn beklagen, während er kein Recht zur Gegendarstellung hat. Mag auch eine Regierung im Innersten noch so dankbar sein, dass sie endlich die Zügel anziehen und die Zahlungsbilanz sanieren darf – nach aussen kann sie den «verdammten Kapitalistenfonds» haftbar machen für die «Austerity-Pille», die sie ihrer Bevölkerung verschreibt.

Falsche Zielscheibe

Natürlich ist in keiner Weise zu bestreiten, dass die meisten Entwicklungsländer sich derzeit in einer äusserst unerquicklichen wirtschaftlichen Situation befinden, sei es wegen der hohen Erdölpreise, der mangelnden Absatzmöglichkeiten und der niedrigen Preise ihrer Produkte oder der hohen Zinsen auf den eingegangenen Auslandsschulden. Die entstehende Frustration wendet sich begreiflicherweise gegen eine Einrichtung des Nordens, mit der sie in ständigem Kontakt stehen, von der sie wissen, dass sie einen grossen Einfluss ausübt und über Mittel verfügt, welche im Prinzip die Nöte lindern könnten. Während in der UNO jedes Land, und mag es auch noch so klein sein, eine Stimme hat, ist das Stimmrecht beim Währungsfonds ganz anders geregelt, nämlich gemäss den nationalen Quoten. Und diese sind für ein normales Entwicklungsland mit unbedeutendem Anteil am Welthandel und an den Währungsreserven notorisch unbedeutend.

Demgegenüber stehen dem Fonds sowohl höchst qualifizierte Experten als auch anscheinend unbegrenzte Finanzmittel zu Gebote. Er kann beispielsweise Sonderziehungsrechte in eigener Kompetenz schaffen und zu teilen – ähnlich wie eine nationale Zentralbank Noten zu drucken vermag. Er ist in der beneidenswerten Lage, sie gratis an die Mitgliedländer abzugeben, ohne dass eine Pflicht zur Rückerstattung bestünde. Mit deren Hilfe lassen sich dann Devisen beziehen und mit ihnen wiederum Importgüter bezahlen. Warum soll nicht mehr von diesem Manna abgegeben werden, dessen Herstellung ja nichts kostet? So entsteht denn eine Erwartungshaltung, die fast unweigerlich enttäuscht wird, wenn der Fonds Zurückhaltung übt und seine Sendboten keine Zauberer sind.

Mangelndes Verständnis

Im übrigen verhält es sich nur zu häufig so wie auch im menschlichen Leben. Wenn jemand Schmerzen verspürt, kümmert er sich zunächst wenig darum oder kauft in der Apotheke schmerzstillende Mittel. Erst wenn es schlimm wird, geht er zum Arzt. Im Falle der Länder mit Zahlungsbilanzfehlbeträgen greift man zuerst auf die eigenen Währungsreserven. Dann wendet man sich an die Banken am Euromarkt, die ihre Darlehen nicht mit Auflagen verknüpfen. Erst zuletzt wird der Währungsfonds angesprochen, von dem man weiss, dass er bei einer stärkeren Inanspruchnahme der nationalen Quote Wünsche in bezug auf das zahlungspolitische Wohlverhalten äussert und – falls ihnen nicht genügend Beachtung geschenkt wird – sogar den Kredit hahn zudreht.

Dass sich der Fonds gemäss seinen Statuten gar nicht anders verhalten kann und darf, wird nur höchst ungern zur Kenntnis genommen. Dass seine Kurvorschriften umso härter ausfallen, je länger man zugewartet hat, liegt zwar in der Natur der Sache, ist aber dennoch unangenehm. Übersehen wird dabei nur zu gerne, dass der Fonds so etwas wie einen «revolving fund» darstellt: Er kann zwar Ausleihungen machen (mit den normalen Ziehungsrechten), aber er muss gleichzeitig dafür sorgen, dass diese Mittel wieder zurückfliessen, damit sie für eine andere Verwendung verfügbar werden. Seine Darlehen sind im Gegensatz zu jenen der Weltbank oder gar der IDA ihrem Wesen nach kurz- oder mittelfristig. Die Zahlungsbilanz der Empfängerländer muss daher in absehbarer Zeit saniert werden, damit die Tilgung gewährleistet ist.

Korrekturen an der Wirtschaftspolitik

Wenn dieses Ziel erreicht werden soll, sind wie bei einem Drogenabhängigen schwerwiegende Entziehungssymptome schlechterdings nicht zu vermeiden. Wenn also an einem überhöhten Wechselkurs der eigenen Währung festgehalten wurde, damit die Importgüter nicht zu teuer zu stehen kommen, muss unter Umständen eine Abwertung oder eine Freigabe des Kurses vorgeschrieben werden. Wenn der Staatshaushalt chronische Defizite aufwies, gilt es die Steuerschraube anzuziehen. Sofern die Notenbank allzu reichlich Geld in Zirkulation setzte und Inflation heraufbeschwor, ist eine Remedur fällig. Falls die Nahrungsmittel mit Hilfe von Subventionen künstlich verbilligt wurden, sind diese Preisverfälschungen abzuschaffen.

Gerade bei einer Intervention wie der letztgenannten erhitzen sich natürlich die Gemüter – genau so, wie wenn eine Rückbildung des Wohlfahrtsstaates vorgeschlagen wird. Denn jetzt geht es um das politische Überleben der Regierung oder der herrschenden Parteien. Mag der Fonds mit noch so viel Recht argumentieren, den Bauern sollten höhere Preise für ihre Produkte zugestanden werden, damit die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln verbessert werde – es geht um das wirtschaftliche Schicksal der Proletarier in den Städten, das heisst um politisch wichtige Wählergruppen. Es ist daher kein Wunder, wenn man sich vielerorts vehement dagegen sträubt, den Empfehlungen von Washington nachzukommen.

Die Wechselkurse

Verständlicherweise werden die Einwände gegen die geltende internationale Währungsordnung dort, wo sich

die Entwicklungsländer über die heftigen Kursschwankungen zwischen den Währungen der einzelnen Industrieländer beklagen. Denn dadurch werden ihre Exportkalkulationen nur zu oft über den Haufen geworfen. Manche von ihnen haben zum Beispiel eine stabile Relation zum Dollar hergestellt und müssen dann erleben, dass sich ihre Erzeugnisse bei einem Höhenflug dieser Währung in Europa verteuern – im Gegensatz zu ihren Konkurrenten, die vielleicht eine Bindung an das Pfund oder an die Sonderziehungsrechte vorzogen, wenn nicht gar an den französischen Franc.

Das sind zweifellos exogene Störungen von ähnlicher Art wie die fremden Importbeschränkungen oder die Stagnation im reichen Norden. Nur ist in allen diesen Fällen der Währungsfonds die falsche Zielscheibe für die Kritik. Auch er hat es vorläufig nicht in der Hand, in allen Industrieländern übereinstimmende Inflationsraten – wenn möglich von null – herzustellen. Ebenso wenig ist er imstande, die Einwirkung der internationalen Kapitalbewegungen auf die Wechselkurse zu unterbinden oder zu neutralisieren. Am Devisenmarkt zu intervenieren ist vielmehr den nationalen Devisenbehörden vorbehalten, und es sind insbesondere die Amerikaner, die eine betonte Abneigung dagegen an den Tag legen. Aber selbst wenn eine bessere Koordination in dieser Hinsicht zustande käme: Die tieferen Ursachen für Wechselkursverschiebungen wären damit noch längst nicht aus der Welt geschafft.

«Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär».

Offene Stelle

In kleinere, modern eingerichtete
Sulzer-Filament-Weberei

Webereimeister

Normale Arbeitszeit,
gut ausgebaute Sozialleistungen,
Eintritt sofort oder nach
Vereinbarung.

Kurt Grütter
Weberei
9620 Lichtensteig
Telefon 074/7 48 80
oder 074/7 46 60